

Alexander Gallas/Jörg Nowak (Berlin)

Die Krise der Demokratien: Wahlautokratie, Klassenpolitik mit leeren Händen, Kulturalisierung

In unserem Artikel skizzieren wir einen materialistischen Ansatz zur Analyse der Beziehung zwischen Kapitalismus und Demokratie und untersuchen mit Bezugnahme auf Großbritannien und Deutschland die Auswirkungen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise auf demokratische Verfahren. U.E. wird die Infrastruktur klassenbasierter politischer Repräsentation beseitigt, wodurch politische Strategien systematisch blockiert sind, die Forderungen von subalternen Gruppen berücksichtigen. Das Resultat ist ein Zustand der Wahlautokratie, in dem Regierungen Klassenpolitik mit leeren Händen betreiben und Strategien verfolgen, die auf die durch vermeintliche Sparzwänge legitimierte Einschränkung von Staatsausgaben und die Disziplinierung von MigrantInnengruppen zentriert sind.

*Keywords: Demokratie, Autokratie, Repräsentation, Wirtschaftskrise, Klassen, materialistische Staatstheorie
Democracy, autocracy, representation, economic crisis, classes, materialist state theory*

1. Einleitung

Angesichts des Umbruchs von 1989 verkündete der US-amerikanische Politikwissenschaftler Francis Fukuyama: „Es gibt einen grundlegenden Prozess, der allen menschlichen Gesellschaften ein gemeinsames evolutionäres Ziel aufzwingt – kurz gesagt so etwas wie eine Universalgeschichte der Menschheit in Richtung der liberalen Demokratie“ (1992, 48). Heute erscheint diese Einschätzung als voreilig. In Russland und China ist zwar der Sozialismus erledigt, nicht aber der Autoritarismus. In den Kernländern westlicher Demokratien sind autoritäre Regierungsstile gängig, auch wenn die formalen Verfahren der repräsentativen Demokratie erhalten bleiben. Die Regierung Blair etwa zentralisierte Entscheidungsgewalt so stark, dass das Forschungskonsortium *Democratic Audit* von „Wahldiktatur“ und von „scheiternder Demokratie“ sprach (2005, 1).

Es stellt sich also die Frage, wieso die repräsentative Demokratie im Moment ihres vermeintlichen Triumphs ins Hintertreffen geraten ist. In der Tradition materialistischer Staatstheorie ziehen wir zur Beantwortung dieser Frage zwei Betrachtungsebenen heran: einerseits die *krisenhafte Entwicklungsdynamik kapitalistischer Akkumulation* und andererseits die *gesellschaftlichen Kämpfe* um Formen politischer Herrschaft und um den Wirkungsradius von demokratischen Verfahren politischer Entscheidungsfindung. Mithilfe dieser Betrachtungsebenen formulieren wir drei Globaleinschätzungen, die wir mit Verweis auf politische und ökonomische Prozesse in Großbritannien und Deutschland belegen:

1. Die Ausdehnung demokratischer Errungenschaften in Westeuropa nach dem Zweiten Weltkrieg war eine Folge von Offensiven subalternen gesellschaftlicher Kräfte, die zur Etablierung *klassenbasierter Regime politischer Repräsentation* führten.

2. Es gibt eine seit etwa 40 Jahren schwelende Krise der Demokratie, die die weitgehende Erosion der institutionellen *Struktur* dieser Regime abbildet. Gegenwärtig schlägt diese Krise insofern in eine offene Krise um, als die Stützung der globalen Finanzmärkte mit der Zersetzung der *Infrastruktur* (gewerkschaftliche Organisation, industriepolitische Arrangements, Wohlfahrtsstaat, öffentlicher Sektor, Diskurse des „sozialen Ausgleichs“) der Regime einhergeht. Diese hat bislang die institutionellen wie legitimatorischen Ressourcen für politische Strategien bereit gestellt, die subalterne Interessen aufgreifen. Es entsteht also eine institutionell wie ideologisch verankerte, systematische Blockade solcher Strategien. Das entsprechende System politischer Willensbildung bezeichnen wir als *Wahlautokratie*.
3. Die Dominanz autoritärer Regierungstechniken droht die Legitimität politischer Herrschaft zu untergraben. *Migrationspolitik* (im weitesten Sinne) ist *ein* zentrales Feld, auf dem Regierungen dieses Problem mithilfe nationalistischer Anrufungen bearbeiten.

2. Analyserahmen: Kapitalismus, Demokratie, Krise

Wir begreifen Demokratie als eine der politischen Formen, die mit kapitalistischen Produktionsverhältnissen einhergehen. Ausgangspunkt dieser Überlegung ist der Charakter ökonomischer Klassenherrschaft im Kapitalismus: KapitaleignerInnen binden Lohnabhängige in Unterweisungs- und Ausbeutungsverhältnisse am Arbeitsplatz (vgl. Marx 1867/72, 191).

Die Unterweisung beruht wiederum auf Verträgen zwischen formal freien Rechtssubjekten. Daraus folgt, dass kapitalistische Produktionsverhältnisse sowohl die Existenz eines Rechtssystems voraussetzen, als auch eines Staats, der dessen Eigenständigkeit und die Vertragsfreiheit garantiert. Recht und Staat stellen somit einerseits die politischen Aspekte kapitalistischer Klassenherrschaft dar. Andererseits gibt es keine formal freien Rechtssubjekte, wenn sich politische Herrschaft nicht von ökonomischer Herrschaft unterscheidet – in Bezug auf ihre institutionellen Formen, ihre Eingriffsmethoden und Zuständigkeiten. Entsprechend lässt sich politische Herrschaft als *Regierung* bezeichnen, also als Berechtigung von EntscheidungsträgerInnen, bindende Entscheidungen im Sinne eines vermeintlichen Allgemeininteresses durchzusetzen, und ökonomische Herrschaft als *Despotie*, also als Berechtigung Einzelner, Andere als Mittel zum Zweck der Durchsetzung von Individualinteressen einzusetzen.

Unter kapitalistischen Bedingungen erweist sich Demokratie als ein Verfahren politischer Willensbildung, das einerseits herrschaftsfunktional, andererseits herrschaftsgefährdend ist. Es ermöglicht das Auseinanderziehen von ökonomischer und politischer Herrschaft bzw. von politischer Regierung und ökonomischer Verfügungsgewalt (Poulantzas 1978/2002, 46f.). Gleichzeitig ermöglicht es Lohnabhängigen aber auch, Ansprüche politisch geltend machen, die sich gegen die ökonomische Verfügungsgewalt richten.

Umgekehrt kann Autokratie als ein Verfahren politischer Entscheidungsfindung gesehen werden, das auf Aushandlungen zwischen Kapital und Regierung unter Ausschluss weiter Teile der Bevölkerung beruht. Es ist insofern herrschaftsfunktional, als politische Ansprüche von Lohnabhängigen nur untergeordnet berücksichtigt werden müssen. Zugleich vermischen sich aber politische Regierung und ökonomische Verfügungsgewalt, was die Eigenständigkeit des Rechtssystems gefährdet. In Extremform stellen daher sowohl Prozesse der Demokratisierung als auch solche der Autokratisierung eine Gefahr für den Fortbestand kapitalistischer Produktionsverhältnisse dar.

Kapitalistische Staaten sind somit weder rein demokratisch, noch rein autokratisch. Vielmehr stellen sie *Mischformen* beider Elemente dar. Daraus folgt auch, dass sie weder neutrale Subjekte sind, die außerhalb der Klassenverhältnisse stehen, noch bloße Instrumente in den Händen der herrschenden Klassen. Regierungen organisieren immer auch Zustimmung, was bedeutet, dass es zumindest eine Minimalform subalternen Repräsentation im Staat gibt (Poulantzas 1978, 173).

Der moderne Kapitalismus ist entsprechend nicht eindeutig auf die Entwicklung von Demokratie ausgerichtet. Vielmehr gibt es Wellen der Demokratisierung und Autokratisierung, die Offensiven von herrschenden Blöcken und von subalternen Kräften entsprechen. Die Faschisierung Italiens und Deutschlands in der Zwischenkriegszeit kann als Ausdruck von Offensiven der dortigen Machtblöcke gesehen werden (Poulantzas 1970); die Hochzeit der wohlfahrtsstaatlich-demokratischen Staatsform in den Zentren des Kapitalismus nach dem Zweiten Weltkrieg geht auf politische Reformbestrebungen zurück, die infolge von Offensiven subalternen Kräfte entstanden (vgl. 1978, 101; Canfora 2006, 325).

Verschiebungen in der Organisation politischer Herrschaft sind jedoch nicht nur ein Ausdruck der Kräfteverhältnisse zwischen Machtblöcken und subalternen Kräften, sondern finden immer auch vor dem Hintergrund institutionell-staatlicher wie auch ökonomischer Rahmenbedingungen statt. Zentral sind dabei die Krisenpotenziale kapitalistischer Produktion. David Harvey verweist darauf, dass Kapitalakkumulation immer wieder auf Hindernisse stößt, z.B. auf den Widerstand von ArbeiterInnen und auf unzureichende Nachfrage (2010, 47). Derartige Hindernisse können zwar überwunden werden, die zugrunde liegenden Krisentendenzen werden dabei aber nur verschoben und sukzessive potenziert. Sie kommen schließlich in Form einer offenen Krise zum Vorschein (ebd., 116f.). Politische Krisen und Staatskrisen lassen sich also auch als Resultat des „Überschwappens“ ökonomischer Krisentendenzen auf das Terrain des Staates deuten.

3. Historischer Kontext: Von der Überakkumulationskrise zur Postdemokratie

Herrschaftskritische Gegenwartsdiagnosen, die eine Krise der Demokratie beschwören, gibt es spätestens seit den 1960er-Jahren. Angesichts der zeitlichen Ausdehnung der Debatte erscheint es uns angebracht, ausgewählte Beiträge unter Bezugnahme auf ihren zeitgeschichtlichen Kontext darzustellen und somit eine Periodisierung der krisenhaften Entwicklung von Kapitalismus und Demokratie in Westeuropa in den letzten 40 Jahren zu umreißen. Dabei unterscheiden wir ein Ausgangsszenario und vier Entwicklungsphasen.

3.1 Ausgangsszenario: Klassenbasierte Repräsentationsregime (1945 bis Mitte der 1960er-Jahre)

Ein Ergebnis der mit Ende des Zweiten Weltkriegs eintretenden Offensiven subalternen Kräfte in Westeuropa war, dass klassenbasierte politische Repräsentationsregime entstanden. Die kollektive Repräsentation von ArbeiterInnen wurde durch eine politisch-institutionelle *Struktur* abgesichert, die aus zwei Komponenten bestand: (1) die Existenz wirkmächtiger sozialdemokratischer und kommunistischer Parteien in den Parlamenten, die (auch) Interessen von Lohnabhängigen zur Geltung brachten; und (2) die Präsenz der Gewerkschaften in den tripartistisch-korporatistisch ausgerichteten ökonomischen Staatsapparaten. Regierungspolitik musste in er-

heblichem Maß aus der Bevölkerung heraus artikulierte Bedürfnisse und Interessen berücksichtigen, was einem Demokratisierungsschub¹ gleichkam (vgl. Canfora 2006; Crouch 2008).

Diese Struktur wurde durch eine *Infrastruktur* unterstützender Institutionen und ideologischer Formationen ergänzt: Produktivistische Strategien industrieller Modernisierung, die in der Beteiligung von ArbeiterInnen an Produktivitätssteigerungen durch Lohnerhöhungen bestanden, waren die Grundlage vergleichsweise stabilen Wachstums. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad war hoch; soziale Sicherungssysteme sowie Institutionen des Wohlfahrtsstaats und des öffentlichen Sektors (Gesundheit, Sozialdienste, Verkehr, Energie) wurden erheblich ausgebaut. Zugleich nahm die Bedeutung von Legitimationskriterien wie Sozialverträglichkeit, sozialer Ausgleich und soziale Gerechtigkeit bei der Formulierung von Regierungsstrategien zu.

Das klassenbasierte Repräsentationsregime führte zu höheren Lebensstandards und einer demokratischen Einbindung vieler Lohnabhängiger, war aber zugleich mit dem Dulden der eigenen Subalternität verbunden: De facto akzeptierten Gewerkschaften und linke Parteien die Struktur der Herrschaftsverhältnisse. Entsprechend stieß Demokratisierung auf Grenzen: Der Aktivitätsradius von Arbeiterorganisationen blieb auf den nationalstaatlichen Rahmen begrenzt und sie fokussierten ihre Strategien auf „einheimische“, vorwiegend männliche Arbeitende, nicht aber auf MigrantInnen und überwiegend weibliche Teilzeitbeschäftigte.

3.2 Phase I: Überakkumulationskrise und Autoritärer Etatismus (Mitte der 1960er bis 1979)

Ab Mitte der 1960er-Jahre gab es in Westeuropa erhebliche Widerstände gegen tayloristische Strategien der Produktionsorganisation. Es kam zu massiven Arbeitskämpfen in industriellen Großbetrieben. Investitionen übersetzten sich nicht mehr in Produktivitätssprünge und Absatzsteigerungen, wodurch die Profitraten sanken. Die produktivistischen Zirkel waren durchbrochen, und es kam zu einer Überakkumulationskrise, in der KapitaleignerInnen nach profitablen Anlagen suchten (vgl. Harvey 2010, 45f.). Die Internationalisierung der Produktion und die Verlagerung industrieller Kapazitäten in Länder des globalen Südens waren Reaktionen auf diese Situation. Die Nord-Süd-Spaltung der Subalternen transformierte sich allmählich von imperialistischen und neokolonialen Dominanzverhältnissen hin zu einer direkten Konkurrenz.

In dieser Situation diagnostizierte Nicos Poulantzas einen „Verfall der Demokratie“, den er an der Herausbildung der Staatsform des „autoritären Etatismus“ festmachte (Poulantzas 1978, 231ff.). Dabei hob er auf zwei Entwicklungen ab: erstens die systematische Ausdehnung der Staatsaktivität – insbesondere auf ökonomische Prozesse –, was die Krisenkonstellation nicht beseitigte, sondern auf den Staat übertrug (ebd., 234f.). Zweitens die Hinwendung zu autoritären, zentralisierten Formen der Regierung, in denen die Exekutive ihre Entscheidungsbefugnisse auf Kosten der Legislative ausdehnte (ebd., 246) und auf den Ungehorsam der Subalternen mit Repression reagierte. Poulantzas beobachtete also eine autokratische Tendenz, die Regierungsstrategien und Parteien betraf, und die auf die Kappung der Verbindung zwischen Parlament und Arbeiterschaft hinauslief, also der *ersten*, die Parteipolitik betreffenden Komponente der Struktur klassenbasierter Repräsentationsregime.

3.3 Phase II: Politische Krise und autoritärer Populismus (1979 bis Ende der 1980er-Jahre)

Die autoritär-etatistischen Interventionen sorgten insofern für politische Krisen, als die Bindungskraft von sozialdemokratischen Parteien und tripartistisch-korporatistischen Institutionen nachließ – zumindest in Deutschland und Großbritannien (vgl. Kannankulam 2008, 175ff.). Die politisch dominante Reaktion war in beiden Ländern die Neuformulierung konservativer Ideologie, die Rechtfertigungen für den Einsatz autoritärer Maßnahmen produzierte und in das durch die Krise der Sozialdemokratie ausgelöste Vakuum vorstieß. Unter Bezugnahme auf den Aufstieg Margaret Thatchers charakterisieren Stuart Hall und Martin Jacques diese ideologische Konstellation als „autoritären Populismus“ (1983, 10). Neben die Anrufung von „Recht und Ordnung“ trat Polemik gegen „staatliche Gängelung“ und korporatistische bzw. wohlfahrtsstaatliche Institutionen. Darin lag der innovative Charakter dieser Politik: Es gelang, Unzufriedenheit über autoritär-etatistisches Krisenmanagement zu besetzen und gegen den Etatismus, nicht aber den Autoritarismus zu wenden.

Die so legitimierte Liberalisierung und Transnationalisierung der Finanzmärkte bedeutete, dass die Überakkumulationskrise vorübergehend bearbeitet werden konnte: Durch die neue Kapitalmobilität kam es zu einer Internationalisierung der Profitraten, die den Wettbewerbsdruck auf Belegschaften erheblich erhöhte und die Arbeitslosigkeit explodieren ließ. Dies wiederum leistete der Erosion wohlfahrtsstaatlicher und korporatistischer Institutionen Vorschub, so dass bald auch der *zweiten* der beiden Komponenten und somit der gesamten Struktur der Repräsentationsregime die Grundlage entzogen war.

3.4 Phase III: Privatkeynesianismus und Postdemokratie als Entpolitisierung (Ende der 1980er-Jahre bis 1999)

Der autoritär-populistische Vorstoß ging zwar die Überakkumulationsproblematik an, schaffte aber durch Arbeitslosigkeit, Sozialabbau und stagnierende Löhne im Industriebereich ein neues Akkumulationshindernis, nämlich unzureichende Nachfrage. Dieses Hindernis wurde wiederum durch die wirtschaftspolitische Strategie des „Privatkeynesianismus“ (Crouch 2009) umgangen, also der Stabilisierung von Nachfrage durch die Finanzialisierung des Alltagslebens. Lebensstandards ließen sich dank Konsumkrediten, privaten Rentenversicherungen und günstiger Hypotheken aufbessern. Die Privatverschuldung und die Immobilienpreise explodierten insbesondere in Großbritannien und den USA, womit wichtige Grundlagen für die gegenwärtige Finanzkrise gelegt wurden.

Auf allgemeinpolitischer Ebene stellte sich die Durchsetzung der inzwischen Neoliberalismus genannten Ideologie als *Entpolitisierungsprozess* dar, der durch die Neuausrichtung der Sozialdemokratie und die Beschleunigung des Zerfalls der radikalen Linken nach 1989 verstärkt wurde. Jacques Rancière fängt ihn mit dem Terminus „Postdemokratie“ ein. Er versteht darunter die Hegemonie von Strategien politischen Denkens und Handels, die die Ausschaltung des Konflikts zwischen „Volk“ und politisch Herrschenden betreiben (1995, 111). Für ihn ist die aktive Austragung dieses Konflikts die Vorbedingung von Demokratie überhaupt. Damit formuliert er eine Gegenthese zu Fukuyamas Rede vom „Ende der Geschichte“, nach der es keine grundlegende Spannung zwischen liberaler Demokratie und Marktwirtschaft gibt. Gleichzeitig liefert er Erklärungen für die Wahlerfolge rechtsextremer Parteien in den 1990er Jahren, die er auf deren

Fähigkeit zurückführt, dem Konsens politischer EntscheidungsträgerInnen mit einer Anrufung der „Volksidentität“ zu begegnen und somit „die politische Tradition des Konflikts“ (Rancière 1997, 804) aufrechtzuerhalten. Er beschreibt somit ein Szenario der Entpolitisierung und Entdemokratisierung, das die Zerstörung der ideologischen Formationen in den Blick nahm, die zur *Infrastruktur* des Repräsentationsregimes gehörten.

3.5 Phase IV: Sozial-ökonomische Krisentendenzen und Postdemokratie als Übermacht von Wirtschaftseliten (1999 bis 2007)

In Westeuropa nahmen durch das Schrumpfen der industriellen ArbeiterInnenklasse und den Anstieg von Arbeitslosigkeit Verarmung und soziale Ungleichheit zu. Entsprechend blieb die Bindungskraft des Neoliberalismus als Ideologie beschränkt. Unzufriedenheit wurde zum einen von Rechtsextremen aufgegriffen, zum anderen von sozialdemokratischen Oppositionsparteien, die sich aber nach Regierungsübernahme unwillig bzw. unfähig zeigten, mit den herrschenden wirtschaftspolitischen Paradigmen zu brechen. Entsprechend verlagerte sich die politische Opposition zum neoliberalen Status quo weg von der politischen Bühne. Mit dem medienwirksamen Auftreten der globalisierungskritischen Bewegung im Rahmen der *Battle of Seattle* 1999 konstituierte sich ein neuer politischer Kollektivakteur. Die aus der Bewegung heraus formulierte Einschätzung, dass sich die neoliberalen Wohlstandsversprechen nicht erfüllen würden, bestätigte sich mit dem Platzen der dot.com-Blase in den Jahren 2000/01.

Vor dem Hintergrund dieser Repolitisierungsprozesse verschiebt Colin Crouch den Begriff der Postdemokratie und bezieht ihn auf Klassen- und ökonomische Dominanzverhältnisse. Er macht eine Übermacht der Wirtschaftseliten und transnationalen Konzerne aus sowie einen komplementären Macht- und politischen Identitätsverlust der Arbeiterklasse. Zudem betonte er, dass die Repolitisierung des Klassenkonflikts für Redemokratisierung unerlässlich sei (Crouch 2008, 151). Crouch beschreibt Postdemokratie also als einen Zustand, in dem die Transnationalisierung der Produktion und die mit ihr einhergehende Verschiebung der Kräfteverhältnisse zwischen Arbeit und Kapital einem weiteren Aspekt der *Infrastruktur* klassenbasierter Repräsentation die Grundlage entzieht: Unter Bedingungen der Übermacht transnationaler Konzerne lassen sich produktivistische Zirkel aufgrund ihrer nationalstaatlichen Verankerung schwer aufrechterhalten.

4. Gegenwartsd Diagnose: Wahlautokratie, Klassenpolitik mit leeren Händen, Kulturalisierung

Mit der Liberalisierung der Finanzmärkte und der Hinwendung zum Privatkeynesianismus in den 1980er Jahren wurde die Grundlage für die Aufblähung des gesamten Finanzsektors durch Kreditvergabe und spekulative Investitionen gelegt. Spätestens ab Mitte der 1990er-Jahre kam es dann zu einer massiven Inflation realwirtschaftlich ungedeckter Anlagen (McNally 2009, 53), die wiederum die tiefste globale Wirtschaftskrise seit der großen Depression der 1930er-Jahre hervorrief.

Mit dieser Krise sind die kapitalistischen Zentren auf die Überakkumulationsproblematik der 1970er- und die Nachfrageproblematik der 1980er-Jahre zurückgeworfen. Zugleich haben Staatseingriffe zur Rettung von Banken die Krisendynamik auf den Staat übertragen: Die Staats-

verschuldung in den entsprechenden Ländern ist erheblich angestiegen und an der Peripherie der Eurozone kommt es zu Krisen staatlicher Schuldverschreibungen.

In dieser Situation setzen die Regierungen in Westeuropa auf Austerität. Die Sparprogramme kommen einer Durchsetzung der Interessen des Finanzkapitals und der Vermögensbesitzenden auf Kosten der Bedürfnisse und Interessen von Lohnabhängigen gleich. Sie laufen auf die Beseitigung der Restbestände der Infrastruktur des klassenbasierten Repräsentationsregimes hinaus: Es kommt zu einer grundsätzlichen Neuausrichtung des Verhältnisses zwischen Staat und Produktion, die in einer erheblichen Schwächung des öffentlichen Sektors und des Wohlfahrtsstaats resultiert.

Trifft diese Diagnose zu, ist die kollektive politische Repräsentation subalternen Interessen strukturell blockiert, d.h. Legitimationsmuster und Institutionen zur Abschöpfung und Umverteilung von Ressourcen stehen nicht länger unmittelbar bereit. Dies deutet auf die Herausbildung einer neuen Autokratie in Westeuropa hin, die zwar Wahlverfahren und Parlamentarismus unangetastet lässt, aber die politischen Einwirkungsmöglichkeiten von Lohnabhängigen drastisch beschränkt. Insofern schlagen wir vor, von einer *Wahlautokratie* zu sprechen. Diese geht mit der Vorherrschaft technokratischer, im Allgemeinen demobilisierender Regierungstechniken einher, die durch Repression sowie durch lediglich kurzzeitige ideologische Aktivierungen flankiert wird. Die gegenwärtige ökonomische Krise stellt somit auch eine Krise der Demokratie dar, in der die ökonomischen wie auch politischen Krisentendenzen der letzten 40 Jahre kulminieren (vgl. Franklin 2004, 120; Kohler 2006; Schäfer 2010).

Wir arbeiten dies im Folgenden heraus, indem wir die mittelfristigen Entwicklungen von *Repräsentationsbeziehungen* mit aktuellen Trends in den Bereichen *Klassen-* bzw. *Migrationspolitik* verknüpfen. Dabei geht es nicht um eine erschöpfende Darstellung dieser beiden Politikfelder, sondern darum, unsere Globaleinschätzungen mit Verweis auf aktuelle, spezifische Entwicklungen zu belegen.

Angesichts der Weichenstellungen der Regierungen in Richtung Austeritätspolitik bestehen die Reserven der Organisation von Zustimmung vor allem in ideologischer Aktivierung, also einer *Klassenpolitik*, die mit *leeren Händen* agiert und auf umfassende materielle Konzessionen verzichtet. Dabei werden die bekannten neoliberalen Muster bemüht, die auf „Sparzwänge“ rekurrieren und die erodierenden Lebensstandards subalternen Gruppen mit Verweis auf vermeintlich fehlende Leistungsbereitschaft rechtfertigen. Zugleich aber ergibt sich auf dem Feld der *Migrationspolitik* eine wichtige Verschiebung. In den Boomphasen des Neoliberalismus oszillierten die Positionen der politischen EntscheidungsträgerInnen zwischen a) der Umdeutung von antirassistischen Forderungen nach Gleichberechtigung in jene nach „Integration“, also der Besserstellung bei Eingliederung in das bestehende gesellschaftliche Gefüge, und b) Versuchen der Kulturalisierung der Beziehungen zwischen „Einheimischen“ und MigrantInnen, die zugleich zur Legitimation gesellschaftlicher Ausschlussmechanismen herangezogen wurden.² Inzwischen gewinnt die Kulturalisierung Oberhand. Man bezieht sich auf vermeintlich abendländische Traditionsbestände, denen man bruchlos universalistische Werte wie Freiheit und Demokratie zurechnet, und erteilt dem „Multikulturalismus“ eine Absage. Entsprechend wird Diskriminierung aufgrund von Geschlecht und sexueller Orientierung kritisiert – was sich jedoch nicht gegen die Homophobie und den Sexismus christlich geprägter Milieus richtet, sondern ausschließlich gegen vermeintlich rückständige bis extremistische muslimische Bevölkerungsteile (Rommelspacher 2009; Sauer 2009). Dadurch vertiefen sich Spaltungslinien innerhalb der Subalternen.

5. Fallstudie I: Deindustrialisierung und Exekutivstaat in Großbritannien

Im 19. und frühen 20. Jahrhundert war Großbritannien eine der ersten europäischen Großmächte, in der es zu einem umfassenden Demokratisierungsprozess kam. Gegenwärtig befindet sich das Land wieder an vorderster Front der Reorganisation politischer Herrschaft – nun allerdings im Hinblick auf die Ausdehnung autokratischer Verfahren politischer Entscheidungsfindung. Beide Prozesse stehen auch im Zusammenhang mit ökonomischen Entwicklungen: In Großbritannien entstanden der Industriekapitalismus und eine der ersten Arbeiterbewegungen; seit den 1980er-Jahren spielte das Land eine Vorreiterrolle in Bezug auf Neoliberalisierung und erlebte umfassende Angriffe auf die organisierte Arbeiterschaft.

5.1 Entwicklung subalternen Repräsentation

1976 geriet das britische Pfund angesichts von Überakkumulationskrise, Außenhandelsdefizit und Stagflation erheblich unter Druck. Die Labour-Regierung James Callaghan setzte auf Monetarismus und beendete das letzte korporatistische Experiment in der Geschichte des Landes, den *social contract*. Damit hatte ein offener Angriff auf die institutionelle Struktur des dortigen klassenbasierten Repräsentationssystems begonnen.

Die Krise der politischen Repräsentation der britischen Arbeiterklasse führte zunächst zur Eskalation von Klassenauseinandersetzungen, später zum Wahlsieg der erklärten Gewerkschaftsgegnerin Margaret Thatcher. Es folgten 18 Jahre konservativer Regierung, in denen die in der Nachkriegszeit etablierten korporatistischen Aushandlungsforen beseitigt und die bestehenden Kommunikationslinien zwischen Regierung und Gewerkschaften gekappt wurden. Mittel dazu waren polizeiliche Repression gegen Streikende, die Einführung eines „Antiarbeitskampfrechts“ und eine wirtschaftspolitische Strategie, die durch Hochzinspolitik, Liberalisierung der Finanzmärkte und eine Privatisierungswelle die Deindustrialisierung des Landes vorantrieb.

Zudem wurde ein autoritär-zentralisierter Regierungsstil eingeführt: Thatchers Regierung marginalisierte die Rolle des Kabinetts und traf Entscheidungen innerhalb eines kleinen Kreises enger Vertrauter; zudem beschneidete sie systematisch den Einfluss von auf kommunaler Ebene verankerten Gremien und schaffte im Zuge dessen das von linken Mehrheiten dominierte *Greater London Council* ab. Während des Bergarbeiterstreiks Mitte der 1980er-Jahre ermöglichte eine von *Downing Street* bis an die Streikposten verlaufende Befehlskette, die (repressive) Polizeistrategie direkt durch die Regierung zu steuern. Subalterne Kräfte waren weitgehend von der Einflussnahme auf politische Entscheidungen abgeschottet; es kam zur engen Verquickung von Kapital- und Regierungsinteressen. In Großbritannien war somit die klassenbasierte Repräsentationsstruktur bereits in den 1990er-Jahren in Auflösung begriffen.

Mit Tony Blairs Amtsantritt als Premierminister im Jahr 1997 gab es wieder Konsultationen zwischen Gewerkschaften und Regierung, und ehemalige Gewerkschaftsamtbeamte bekleideten hochrangige politische Ämter. Doch *New Labour* bemühte sich nicht, Thatchers „Programm der Abschaffungen“ rückgängig zu machen. Auch Blair stand für einen autoritär-zentralisierten Regierungsstil und für eine enge Anbindung von Regierungs- an Kapitalinteressen (vgl. Crouch 2006). Die „historische Mission“ von *New Labour* bestand also darin, Einspruchswege von an der Basis der Partei und in den Gewerkschaften organisierten subalternen Kräften gegen die Parteiführung dauerhaft zu blockieren und damit die historische Verbindung zwischen Labour Party und Arbeiterbewegung so weit zu lockern, dass keine Transmission von unten nach oben

mehr möglich war. *New Labour* besiegelte somit das Schicksal der beiden Strukturkomponenten klassenbasierter Repräsentation.

5.2 Auswirkungen auf die Klassenpolitik

In Großbritannien besteht die klassen- und demokratiepolitische Bedeutung der gegenwärtigen Krise darin, dass sie zur Durchsetzung einer neothatcheristischen Regierungsagenda genutzt wird, die die Schleifung der letzten institutionellen Bastionen der *Infrastruktur* subalternen politischer Repräsentation betreibt. Die seit Mai 2010 im Amt befindliche liberal-konservative Koalitionsregierung plant eine weitgehende Zerschlagung des öffentlichen Sektors, in dem der gewerkschaftliche Organisationsgrad nach wie vor hoch ist: 56,6% im Gegensatz zu 15,1% im Privatsektor, bezogen auf das Jahr 2009 (Achur 2010, 8). Im Verlauf der aktuellen Legislaturperiode sollen die Budgets der einzelnen Ressorts im Schnitt um etwa 25% sinken. Als Zielsetzung wird die Beseitigung des Haushaltsdefizits angeführt. Mittelfristig ist geplant, der Erbringung jeglicher öffentlicher Leistung (Ausnahmen sind die Bereiche Militär, Polizei und Gerichtsbarkeit) ein Ausschreibungsverfahren vorzuschalten, das Angebote „aller bereitstehenden Anbieter“ berücksichtigt – egal, ob es sich um Privatunternehmen, wohltätige Organisationen oder staatliche Einrichtungen handelt (vgl. Cameron 2011a). Damit wäre die Privatisierung des gesamten Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialwesens sowie der gesamten öffentlichen Infrastruktur möglich.

Der wahlautokratische Aspekt dieser Agenda besteht darin, dass sie in den Wahlprogrammen der beiden Regierungsparteien weitgehend verschwiegen wurde. Begründet wurde der Regierungskurs entsprechend mit einer vorgeblichen Krise der Staatsfinanzen, also der explodierenden Staatsverschuldung Großbritanniens sowie der vorgeblichen Notwendigkeit, eine Krise staatlicher Schuldverschreibungen nach griechischem Vorbild zu vermeiden. Der Chefkomentator der *Financial Times*, Martin Wolf, hat überzeugend dargelegt, dass dieses Schreckensszenario unglaublich ist (2010). Die Konstruktion von Sparzwängen durch die Erweckung von Ängsten vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch ist ein treffendes Beispiel für Klassenpolitik mit leeren Händen. Sie wird von der britischen Regierung eingesetzt, um breite Zustimmung zu einer Politik des gesellschaftlichen Umbaus zu erzeugen, die die Kosten der Bewältigung der Finanzkrise auf die Bevölkerung abwälzt und die subalternen Gruppen am härtesten trifft (vgl. Browne/Lewell 2010; Horton/Reed 2010). Die Proteste gegen die Verdreifachung der Studiengebühren im Herbst und Winter 2010 und die Massendemonstration in London im März 2011 deuten darauf hin, dass dies bislang nicht umstandslos gelungen ist.

5.3 Auswirkungen auf die Migrationspolitik

New Labour hat zunächst eine vergleichsweise liberale Migrationspolitik verfolgt: Großbritannien war neben Schweden und Irland das einzige Land, das im Zuge der EU-Osterweiterung 2004 keine Zuzugsbeschränkungen einführte.³ Dies entsprach den Interessen von weiten Teilen der britischen Wirtschaft: Die Arbeitslosigkeit war vergleichsweise niedrig und das Wirtschaftswachstum stabil, was in bestimmten Branchen zu Engpässen im Bezug auf das Arbeitskräfteangebot und infolgedessen zu Lohnzuwächsen zu führen drohte. Die liberale Migrationspolitik war ein Mittel, das bestehende Lohnniveau gegen Forderungen der Beschäftigten abzusichern. Ent-

sprechend betonten WirtschaftsführerInnen (McSmith/Russell 2007) und führende RegierungsvertreterInnen (Home Office 2007), dass Einwanderung einen positiven Effekt auf die britische Wirtschaft habe.

Dieser liberale Diskurs wurde von einem ausschließenden, kulturalisierenden Diskurs begleitet, der mit Eintreten der Wirtschaftskrise in den Vordergrund trat. Gordon Brown forderte schon während seiner Amtszeit als Schatzkanzler den Bezug auf *Britishness* als ein in seiner Kombination landesspezifisches Set von „Werten und Eigenschaften“, z.B. „Freiheit, Pflichtgefühl und Fair Play“ (zit. nach Crick 2008, 77). Brown verstärkte diese Kampagne, nachdem er Premierminister geworden war. Dabei wendete er sich – zumeist in der Form von Reden – an Zentralorgane der Arbeiterbewegung, z.B. den sozialdemokratischen Thinktank *Fabian Society*, die Gewerkschaft GMB und den britischen Gewerkschaftsbund (TUC). Beim Labour-Parteitag 2007, der mit dem Einbrechen der gegenwärtigen Krise zusammenfiel, verwendete er sogar einen auf die rechtsextreme *National Front* zurückgehenden Slogan: „British Jobs for British Workers“. Diese Parole wurde 2009 von streikenden Ölraffineriearbeitern aufgegriffen, die sich gegen die branchenübliche Praxis wandten, vorübergehend Arbeitskräfte aus dem EU-Ausland unter Umgehung einheimischer Arbeitssuchender einzusetzen. Die Migrationspolitik von *New Labour* wies also zunächst das oben beschriebene Oszillieren auf. Mit Eintreten der Krise verschob sie sich in Richtung Kulturalisierung.

Diese Tendenz verstärkt sich unter der neuen Regierung. David Cameron äußerte in einer Rede, dass die „Doktrin des staatlich verordneten Multikulturalismus“ gescheitert sei. Er erklärte zudem, dass „die *größte* Bedrohung, der *wir* gegenüberstehen“ (Herv. d. A.) in Terroranschlägen bestehe, für die er wiederum „islamistischen Extremismus“ verantwortlich machte. Daraus schloss er, dass als gesellschaftlicher Wertekanon ein „aktiverer, kraftvollerer Liberalismus“ nötig sei, der von der britischen Bevölkerung nicht lediglich die Einhaltung von Gesetzen fordere, sondern das aktive Bekenntnis zu „Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, gleichen Rechten unabhängig von Race, Geschlecht oder Sexualität“ (Cameron 2011b). Gleichzeitig schwieg Cameron zu der Frage, wie er angesichts dessen innerhalb der weißen Mehrheitsbevölkerung gegen Homophobie und Sexismus vorzugehen gedenkt. Bei seiner Argumentation handelt es sich also um einen Akt des *Othering* (vgl. Spivak 1988) auf Grundlage kulturalistischer Zuschreibungen: Auf die eine Seite stellt er eine vermeintlich zivilisierte Mehrheitsbevölkerung mit einem einheitlichen, liberalen Wertekanon, auf die andere Seite eine ebenso einheitliche, illiberale Gruppierung nicht-britischer Herkunft, die er zugleich für die vermeintliche Hauptbedrohung der britischen Gesellschaft verantwortlich macht. Entsprechend dieser Tendenz zu kulturalistisch begründetem Ausschluss ist die bislang wichtigste migrationspolitische Maßnahme der neuen Regierung die Einführung einer absoluten Jahresobergrenze für Einwanderung, die bereits Proteste von Teilen des Kapitals hervorgerufen hat.

6. Fallstudie II: Erosion des Korporatismus in Deutschland

Der Vergleich Deutschlands mit Großbritannien bietet sich deshalb an, weil es sich um Länder mit verwandten politischen Systemen, vergleichbarer Bevölkerungsgröße und ähnlichem ökonomischen Entwicklungsstand handelt, die unterschiedliche Entwicklungspfade eingeschlagen haben: Deutschland wurde vergleichsweise spät industrialisiert und demokratisiert; der Abbau industrieller Substanz sowie der Einkommen der ArbeiterInnenklasse ab Beginn der 1980er-Jahre ging weit langsamer voran als in Großbritannien.

6.1 Entwicklung subalterner Repräsentation

Anders als in Großbritannien gibt es in Deutschland nach wie vor industrielle Hochburgen der Gewerkschaftsbewegung, z.B. die Automobil- und Stahlindustrie sowie den Maschinenbau. Die Gewerkschaften sind im internationalen Vergleich stark institutionalisiert, vor allem durch die Existenz von betriebsübergreifenden Flächentarifverträgen. Die nach wie vor gegebene Bindungskraft korporatistischer Institutionen ermöglicht es, gewisse sozialstaatliche Absicherungen zu verteidigen. Allerdings erfassen diese eine immer kleiner werdende Gruppe an Kernbelegschaften.⁴ Insofern erodiert die Infrastruktur klassenbasierter Repräsentation.

Die Einberufung der Hartz-Kommission durch die rot-grüne Regierung markiert das Ende der Verzahnung von Regierungspolitik mit korporatistischen Aushandlungsforen (Streeck 2005) und die Wende der SPD zu einer neoliberalen, angebotsorientierten Arbeitsmarktpolitik. Damit wurden beide Komponenten klassenbasierter Repräsentation erheblich angegriffen.

Die Existenz eines (modifizierten) Verhältniswahlrechts hat im Gegensatz zu Großbritannien die Entstehung einer neuen Partei begünstigt. Die mit den Hartz-Gesetzen einhergehenden Verarmungsprozesse haben bei Teilen der Bevölkerung für erhebliche Unruhe gesorgt: Die sogenannten Volksparteien haben massiv an Zustimmung verloren; die Etablierung der Linkspartei als parlamentarische Kraft bedeutet, dass ein Restbestand der Repräsentation subalterner Interessen auf der politischen Bühne bestehen bleibt. Zugleich behindert die Linkspartei die Herausbildung kohärenter Regierungsprojekte, weil sich die Koalitionsbildung erschwert. Insgesamt ist es in Deutschland bislang nicht zur gänzlichen Zerschlagung klassenbasierter Repräsentation gekommen, wohl aber gibt es deutliche Erosionstendenzen. Man kann also von einem „halbier-ten“ klassenbasierten Repräsentationsregime reden.

6.2. Auswirkungen auf die Klassenpolitik

In der Finanzkrise wurden in Deutschland einerseits die Interessen des Finanzkapitals verteidigt, andererseits wurde eine Politik des selektiven Schutzes bestimmter industrieller Kerne betrieben: Das erste Konjunkturpaket der Großen Koalition aus dem Dezember 2008 dehnte das Kurzarbeitergeld von zwölf auf 18 Monate aus. So wurden die (vor allem von Männern besetzten) Arbeitsplätze abgesichert, die durch die Krise besonders betroffen waren (Schambach 2010). Zugleich bedeutete die Verankerung der „Schuldenbremse“ im Grundgesetz, dass Bundesregierungen künftig auf Ausgabenzurückhaltung festgelegt sind. Der hiermit einhergehende Diskurs, nach dem auch in Krisenzeiten Haushaltskonsolidierung eine politische Priorität darstellt, ist ein Beispiel für „Klassenpolitik mit leeren Händen“. Das zweite Konjunkturpaket aus dem März 2009 stützte mit der Einführung einer Abwrackprämie die deutsche Automobilindustrie. Dies ging auf enge Abstimmung mit der IG Metall zurück, die im Gegenzug bei einzelnen im Frühjahr und Sommer 2009 entstandenen Konflikten um Entlassungen bei Automobilzulieferern auf Kompromisse setzte.

Die schwarz-gelbe Regierung ist wegen der an sie gestellten, sich widersprechenden Erwartungen aus Wirtschaft (Sparpolitik und weitere Einschnitte bei der sozialen Sicherung) und breiter Bevölkerung (Erhaltung der Einkommensniveaus) in einer Blockadesituation, was sich in dauerhaften internen Konflikten ausdrückt. Entsprechend hält sie sich bislang mit Kürzungen im sozialen Bereich zurück und hat in weiteren Branchen Mindestlöhne eingerichtet. Zugleich jedoch erodiert angesichts der Finanzknappheit der Kommunen infolge der Krise der öffentliche

Sektor und damit ein weiterer Bereich der Infrastruktur klassenbasierter Repräsentation: Öffentliche Büchereien und Sozialdienste werden geschlossen, Maßnahmen zur „Integration“ nicht länger finanziert.

Insofern zeigen sich zumindest Tendenzen zur Herausbildung einer Wahllautokratie: Den massiven Finanzhilfen für Geldinstitute wie Hypo Real Estate und Commerzbank sowie für die Landesbanken Bayern LB, HSH Nordbank und WestLB stehen Kürzungen von Sozialleistungen gegenüber, z.B. die ersatzlose Streichung des Elterngeldes für Hartz-IV-EmpfängerInnen. Die Maßnahmen der beiden mit der Krise befassten Bundesregierungen sind technokratisch begründet worden; sie lassen keine klare Verbindung zu Programmatik und Ideologie der jeweiligen Regierungsparteien erkennen. Entsprechend gibt es im Bezug auf Klassen- und Verteilungspolitik nur geringfügige Unterschiede zwischen den beiden Volksparteien, wodurch Bundestagswahlen tendenziell an inhaltlicher Relevanz verlieren.

6.3 Auswirkungen auf die Migrationspolitik

Mit der Krise und dem Regierungswechsel ist in Deutschland eine Verschiebung weg vom Oszillieren zwischen Abschottung und Öffnung, für das die Große Koalition stand, und hin zu kulturalistisch begründeten Formen von Ausschluss und Disziplinierung zu verzeichnen.

Die Große Koalition erhöhte die Hürden für Einbürgerung im Staatsbürgerschaftsrecht u.a. durch Tests. Im Gegensatz zu solcherlei Versuchen der Abschottung standen neue Ansätze zur politischen Einbindung: Mit der Etablierung von „Integrationsgipfeln“ und einer „Islamkonferenz“ seit 2006 werden zum ersten Mal migrantische Organisationen in die Migrationspolitik einbezogen (Zinterer 2007). Diese Maßnahmen der Großen Koalition, initiiert von Innenminister Wolfgang Schäuble (CDU), bedeuten eine gewisse politische Öffnung, allerdings nur mit Einschränkungen: Die Islamkonferenz wurde in den letzten Jahren zum Ort öffentlicher Konfrontationen zwischen Regierung und MigrantInnen. Die Tatsache, dass es nun überhaupt einen offiziellen Ort gibt, an dem Konflikte verhandelt werden, deutet auf eine Öffnung hin. Da die fraglichen Auseinandersetzungen allerdings unter dem Vorzeichen eines Dialogs zwischen den Religionen geführt und somit religiös-kulturelle Identitäten in den Vordergrund gestellt werden, bestätigt das institutionelle Design der Islamkonferenzen kulturalistische Sichtweisen.

Etwa zeitgleich entstand eine öffentliche Debatte um „neue Bürgerlichkeit“, die Fragen religiös-kultureller Identität mit ökonomischen Fragen verknüpft. Einig sind sich die Protagonisten dieser Debatte (u.a. Gunnar Heinsohn, Peter Sloterdijk, Wolfgang Kersting und Thilo Sarrazin) darin, dass Sozialleistungen allgemein drastisch gekürzt werden müssten. Unterschiede bestehen vor allem darin, inwiefern diese Forderung rassistisch aufgeladen wird.

Im Kontext der Krise sind Positionen dieser Debatte in Regierungspositionen eingesickert: Im Frühjahr 2010 warnte Außenminister Guido Westerwelle (FDP) vor durch staatliche Transferleistungen hervorgerufener „spätromischer Dekadenz“. Den Konflikten um das im August 2010 erschienene Buch des Bundesbankers und ehemaligen SPD-Politikers Sarrazin *Deutschland schafft sich ab* folgte die Forderung von konservativer Seite, allen voran des CSU-Vorsitzenden Horst Seehofer, „Integrationsverweigerer“ stärker zu bestrafen.

Dies weist auf eine politische Vereindeutigung auf dem Feld der Migrationspolitik hin. Auf mindestens drei Ebenen hat sich das Oszillieren zwischen Integration als Gleichstellung und abwertender Kulturalisierung zugunsten Letzterer verstärkt: a) Im Zuge der Sarrazin-Debatte im Herbst 2010 wurden vor allem muslimische MigrantInnen in sozialrassistischer Manier als öko-

nomisch überflüssig beschrieben, was auch bei vielen WählerInnen linker Parteien auf Zustimmung traf. b) Im Anschluss erklärte die Bundeskanzlerin, dass „Multikulti“ gescheitert sei.⁵

c) Der derzeitige Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) erklärte kurz nach seinem Amtsantritt im März 2011 und unter expliziter Abgrenzung von Bundespräsident Christian Wulff (CDU), der Islam gehöre nicht zu Deutschland. In der Islamkonferenz kam es auch deswegen zu ernsthaften Auseinandersetzungen.

7. Schluss

Unter Bezugnahme auf die Wirtschaftskrise haben wir in diesem Artikel den gegenwärtigen Wirkungsradius demokratischer Verfahren politischer Willungsbildung herausgearbeitet. Dabei haben wir zwei Entwicklungstendenzen betont: 1. Der Rückbau der in der unmittelbaren Nachkriegszeit entstandenen klassenbasierten Repräsentationsregime bzw. die Untergrabung der Stellungen der Arbeiterbewegung im Staat sowie die Schleifung der Infrastruktur dieser Regime führten zur Entstehung von Wahlautokratien. 2. Regierungspolitik hat mit Wohlstandszuwächsen und Umverteilung wichtige Legitimitätsquellen verloren und verfährt auf Grundlage einer Klassenpolitik der leeren Hand, die auf Repression, Leistungsideologie und rassistischen Kampagnen beruht und kein kohärentes ideologisches Projekt generiert. Stimmt diese Einschätzung, kommt es von Regierungsseite tendenziell zu einer Durchsetzung von Kapitalinteressen ohne Konzessionen. Dann aber stünde die Trennung ökonomischer und politischer Herrschaft infrage, und damit auch der legitimierende Effekt der Eigenlogik politischer Herrschaft.

Das Feld der Migrationspolitik wird derzeit so reorganisiert, dass zum einen gegen die unterprivilegierten MigrantInnen gerichtete Bündnisse der Einheimischen geschlossen werden, die auf der Verstärkung von über Klassengrenzen hinweg verlaufenden sozialen Beziehungen beruhen. Zum anderen werden Fragen nach Umverteilung und sozialen Ansprüchen autoritärdisziplinierend aufgefasst, d.h. sie werden kulturalistisch gedeutet und so dargestellt, dass ihre Klassendimension weithin unerkannt bleibt (Türkmen 2010, 229). Dadurch verstärken sich repressive Deutungsmuster, die sich auch auf anderen Politikfeldern finden lassen, und die mit den vorherrschenden klassenpolitischen Strategien kompatibel sind.

Die mit Letzteren einhergehende tendenzielle Missachtung der Bedürfnisse und Interessen subalternen Klassen bei der Formulierung von Regierungspolitik droht mittelfristig deren Legitimität zu untergraben. Die Adaption und Verbreitung von kultureller Liberalität und Bürgerrechtsdiskursen ist darauf keine Antwort, weil sie die Klassendimension der gegenwärtigen Reorganisation politischer Herrschaft ignoriert. Ein Demokratisierungsschub in Westeuropa ist entsprechend nur denkbar, wenn es zur Erneuerung einer Klassenpolitik „von unten“ kommt.

ANMERKUNGEN

- 1 Abraham Lincoln sprach von Demokratie als „government of the people, by the people, for the people“. Seine Bestimmung verdeutlicht, dass sich der demokratische Gehalt politischer Prozesse nicht nur am Grad der erzielten Repräsentation („of“) and Partizipation („by“) der Bevölkerung misst, sondern auch am Grad der Übereinstimmung von Politikresultaten mit den Bedürfnissen und Interessen („for“) der Bevölkerung.
- 2 Dies bildet die widersprüchliche strategische Bedeutung von Migration für Klassenpolitik von oben ab: Die mit Migration einhergehende stete *Neuzusammensetzung* der Arbeiterklasse ist herrschafts- und wettbewerbsfunktional, weil sie Solidarität erschwert und die Spreizung von Lohnniveaus ermöglicht (Karakayali/Tsianos 2002; Mezzadra 2007, 182). Allerdings ist diese Neuzusammensetzung nur so lange funktional, solange Einbindungsprozesse inner-

- halb der Arbeiterklasse verhindert werden können, die die „Unterschichtung“ (Heckmann 1981) von MigrantInnen verwässern.
- 3 Dies war nicht mehr der Fall, als Bulgarien und Rumänien 2007 zu EU-Mitgliedsstaaten wurden. Es wurden strikte Zuzugsbegrenzungen für Arbeitssuchende aus diesen beiden Ländern eingeführt.
 - 4 Die Gruppen der ArbeiterInnenklasse, die nicht mehr von den Systemen des alten Korporatismus erfasst werden, bilden nicht mehr wie noch in den 1970er- und 1980er-Jahren eine relevante Minderheit, sondern inzwischen fast die Hälfte der Erwerbsbevölkerung. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der wirtschaftlichen Entwicklung geht für 2009 von 35% atypischer Beschäftigung aus (2009, 259). Doch auch viele Vollzeitbeschäftigte werden inzwischen unter Tarif bezahlt bzw. stocken trotz Tariflöhnen ihr Einkommen mit Hartz IV auf.
 - 5 David Camerons oben zitierte Rede, die er wenige Monate später in München hielt, war sicherlich auch ein Versuch, die Gemeinsamkeiten zwischen deutscher und britischer Regierung in Fragen des Multikulturalismus zu unterstreichen.

LITERATURVERZEICHNIS

- Achur*, James (2010). Trade Union Membership 2009, Department for Business, Innovation and Skills, London. Internet: <http://stats.bis.gov.uk/UKSA/tu/TUM2009.pdf> (Zugriff: 3.9. 2010).
- BBC* (2010). Cameron plays down cabinet rift over non-EU migrant cap, 28.7. 2010, London. Internet: <http://www.bbc.co.uk/news/uk-politics-10786650> (Zugriff: 3.9. 2010).
- Browne*, James/Peter *Levell* (2010). The distributional effect of tax and benefit reforms to be introduced between June 2010 and April 2014: a revised assessment, IFS Briefing Note BN108, Institute for Fiscal Studies, London. Internet: <http://www.ifs.org.uk/bns/bn108.pdf> (Zugriff: 13.9. 2010).
- Cameron*, David (2011a). How we will release the grip of state control, *The Telegraph*, 20.2.2011, London. Internet: <http://www.telegraph.co.uk/comment/8337239/How-we-will-release-the-grip-of-state-control.html> (Zugriff: 6.4.2011).
- Cameron*, David (2011b). PM's speech at Munich Security Conference, 5.2.2011, München. Internet: <http://www.number10.gov.uk/news/speeches-and-transcripts/2011/02/pms-speech-at-munich-security-conference-60293> (Zugriff: 6.4.2011).
- Crick*, Bernhard (2008). The Four Nations: Interrelations, in: *The Political Quarterly*, Vol. 79(1), 71–79.
- Crouch*, Colin (2006). New Labour and the problem of democracy, in: Gerry *Hassan* (Hg.): *After Blair: Politics After the New Labour Decade*, London, 47–59.
- Crouch*, Colin (2008). Postdemokratie, Frankfurt am Main.
- Crouch*, Colin (2009). Privatised Keynesianism: An Unacknowledged Policy Regime, in: *The British Journal of Politics and International Relations*, Vol. 11(3), 382–399.
- Democratic Audit* (2005). Failing Democracy, *Democratic Findings*, Nr. 7, Liverpool. Internet: <http://www.democraticaudit.com/download/Findings7.pdf> (Zugriff: 13.9. 2010).
- Franklin*, Mark N. (2004). Voter turnout and the dynamics of electoral competition in established democracies since 1945, Cambridge/UK.
- Fukuyama*, Francis (1992). *The End of History and the Last Man*, New York.
- Hall*, Stuart/Martin *Jacques* (1983). Introduction, in: dies. (Hg.): *The Politics of Thatcherism*, London, 9–16.
- Harvey*, David (2010). *The Enigma of Capital and the Crises of Capitalism*, London.
- Heckmann*, Friedrich (1981). Die Bundesrepublik – ein Einwanderungsland? Zur Soziologie der Gastarbeiterbevölkerung als Einwanderungsminorität, Stuttgart.
- Home Office* (2007). The economic and fiscal impact of immigration: A Cross-Departmental Submission to the House of Lords Select Committee on Economic Affairs, London. Internet: <http://www.official-documents.gov.uk/document/cm72/7237/7237.pdf> (Zugriff: 13.9. 2010).
- Horton*, Tim/Howard *Reed* (2010). Where the Money Goes. How we benefit from public services, TUC Report, London. Internet: <http://www.tuc.org.uk/extras/wherethemoneygoes.pdf> (Zugriff: 13.9. 2010).
- Kannankulam*, John (2008). Autoritärer Etatismus im Neoliberalismus: Zur Staatstheorie von Nicos Poulantzas, Hamburg.
- Karakayali*, Serhat/Vassilis *Tsianos* (2002). Migrationsregimes in der Bundesrepublik Deutschland: Zum Verhältnis von Staatlichkeit und Rassismus, in: Alex *Demirović*/Manuela *Bojadzije*v (Hg.): *Konjunkturen des Rassismus*, Münster, 246–267.
- Kohler*, Ulrich (2006). Die soziale Ungleichheit der Wahlabstinenz in Europa, in: Jens *Alber*/Wolfgang *Merkel* (Hg.): *Europas Osterweiterung: Das Ende der Vertiefung*, Berlin, 159–179.
- Marx*, Karl (1867/1872 [1962]). *Das Kapital: Kritik der Politischen Ökonomie*, Erster Band, Buch I: Der Produktionsprozess des Kapitals, Berlin/DDR.

- McNally, David (2009). From Financial Crisis to World Slump: Accumulation, Financialisation, and the Global Show-down, in: *Historical Materialism*, 13(17), 35–83.
- McSmith, Andy/Ben Russell (2007). Migrants are essential for business growth, says CBI, *The Independent*, 3.1.2007, London. Internet: <http://www.independent.co.uk/news/uk/politics/migrants-are-essential-for-business-growth-says-cbi-430609.html> (Zugriff: 3.9. 2010).
- Mezzadra, Sandro (2007). Kapitalismus, Migrationen, soziale Kämpfe. Vorbemerkungen zu einer Theorie der Autonomie der Migration, in: Marianne Pieper/Thomas Atzer/Serhat Karakayali/Vassilis Tsiianos (Hg.): *Empire und die biopolitische Wende*, Frankfurt am Main, 179–193.
- Poulantzas, Nicos (1970/1973). *Faschismus und Diktatur: Die kommunistische Internationale und der Faschismus*, München.
- Poulantzas, Nicos (1978/2002). *Staatstheorie: Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus*, Hamburg.
- Rancière, Jacques (1995/2001). *Das Unvernehmen*, Frankfurt am Main.
- Rancière, Jacques (1997). Die Demokratie als politische Form: Ein Gespräch mit Jean-François Chevrier und Sophie Wahnrich, in: *Documenta* (Hg.): *Das Buch zur Dokumenta X*, Ostfildern, 800–804.
- Rommelspacher, Birgit (2009). Feminismus und kulturelle Dominanz: Kontroversen um die Emanzipation ‚der‘ muslimischen Frau, in: Sabine Berghahn/Petra Rostock (Hg.): *Der Stoff, aus dem Konflikte sind. Debatten um das Kopftuch in Deutschland, Österreich und der Schweiz*, Bielefeld, 395–412.
- Röttger, Bernd (2003). Arbeit – Emanzipation – passive Revolution: Metamorphosen der Arbeitspolitik und die Zukunft der Gewerkschaften, in: *Kurswechsel*, Vol. 18(3), 8–21.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2009). *Jahresgutachten 2009/10*, 13.11.2009, Wiesbaden. Internet: <http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/gutacht/ga-content.php?gaid=55> (Zugriff: 13.9. 2010).
- Sauer, Birgit (2009). Migration, Geschlecht und die Politik der Zugehörigkeit, in: Ingrid Kurz-Scherf/Julia Lepperhoff/Alexandra Scheele (Hg.): *Feminismus: Kritik und Intervention*, Münster, 246–259.
- Schambach, Gabriele (2010). Gender in der Finanz- und Wirtschaftskrise. Beschäftigungsrelevante Aspekte in den Konjunkturpaketen für Frauen und Männer, Berlin. Internet: http://www.boeckler.de/pdf_fof/S-2009-285-3-1.pdf (Zugriff: 13.9. 2010).
- Schäfer, Armin (2010). Die Folgen sozialer Ungleichheit für die Demokratie in Westeuropa, in: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*, 4 (1), 131–156.
- Spivak, Gayatri Chakravorty (1988). *In Other Worlds*, London.
- Streeck, Wolfgang (2005). Nach dem Korporatismus: Neue Eliten, neue Konflikte, MPIfG Working Paper 05/4, Köln. Internet: <http://www.mpifg.de/pu/workpap/wp05-4/wp05-4.html> (Zugriff: 7.4.2011).
- Türkmen, Ceren (2010). Rethinking Class-Making, in: Hans-Günter Thien (Hg.): *Klassen im Postfordismus*, Münster, 202–234.
- Wolf, Martin (2010). Why the Balls critique is correct, *Financial Times*, 2.9. 2010. Internet: <http://www.ft.com/cms/s/0/119c59ac-b6c3-11df-b3dd-00144feabdc0.html> (Zugriff: 13.9. 2010).
- Zinterer, Tanja (2007). Interessenrepräsentation von Migranten: Von der Süsmuth-Kommission zum Integrationsgipfel, in: Winfried Thaa (Hg.): *Inklusion durch Repräsentation*. Baden-Baden, 149–166.

AUTOREN

Dr. Alexander GALLAS, geb. 1976, zuletzt Sessional Lecturer am Department of Sociology, Liverpool John Moores University, forscht zu Staats- und Klassentheorie, zu den Auswirkungen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise auf Demokratie und zur politischen Ökonomie Großbritanniens. Aktuelle Veröffentlichung: *Reading Poulantzas. On the contemporary relevance of Marxist state theory*, London 2011 (HauptHg., im Erscheinen).

Korrespondenzadresse: Unter den Eichen 106, 12203 Berlin

E-Mail: a.gallas@ljmu.ac.uk

Dr. Jörg NOWAK, geb. 1973, zuletzt wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Kassel, forscht zu Staatstheorie, Geschlechterverhältnissen, Governance und Demokratietheorie, sowie zu Althusser. Aktuelle Veröffentlichungen: *Public Governance und schwache Interessen* (Mithg.), Wiesbaden 2010; *Geschlechterpolitik und Klassenherrschaft*, Münster 2009.

Korrespondenzadresse: Reichenberger Straße 114, 2. Hinterhaus, D-10999 Berlin

E-Mail: joerg.nowak@gmx.de



migraLex

Zeitschrift für Fremden- und Minderheitenrecht

Herausgeber: o.Univ.-Prof. DDr. Heinz Mayer,
Univ.-Prof. Dr. Clemens Jabloner, Univ.-Prof. Dr. Ewald Wiederin
und Univ.-Prof. DDr. Christoph Grabenwarter
Schriftleitung: ao.Univ.-Prof. Dr. Dieter Kolonovits,
M.J.C., ao.Univ.-Prof. Dr. Gerhard Muzak

migraLex informiert praxisnah und umfassend über alle Neuerungen auf den in der Praxis immer bedeutender werdenden Rechtsgebieten Fremden- und Asylrecht, Minderheitenrecht, Ausländerbeschäftigungsrecht, Staatsbürgerschaftsrecht u.v.m. in Form von Beiträgen, einem ausführlichen Judikaturteil mit den wichtigsten einschlägigen Entscheidungen samt Entscheidungskommentaren und Hinweisen auf die aktuelle Gesetzgebung und Literatur.

ISSN: 1727-057X

Erscheinungsweise: 3 x jährlich

Preise: Jahresabo EUR 33,-, Einzelheft EUR 12,-

Homepage: www.migralex.at



Europa Ethnica

Zeitschrift für Minderheitenfragen

Herausgeber: Univ.-Prof. Dr. Michael Geistlinger,
Univ.-Prof. Dr. Peter Hilpold, Univ.-Prof. Dr. Georg Kremnitz

Die EU wächst und damit die Zahl der dort beheimateten Minderheiten, die sich allein seit 2004 mehr als verdoppelt hat. Europa Ethnica - Zeitschrift für Minderheitenfragen ist eine interdisziplinär ausgerichtete Fachzeitschrift und bietet grundlegende Beiträge zur rechtlichen, politischen und sprachlichen Situation europäischer Minderheiten, Berichte über aktuelle Ereignisse und Tagungen sowie Rezensionen.

ISSN: 0014-2492

Erscheinungsweise: 2 x jährlich (Doppelheft) in deutscher, englischer und französischer Sprache

Preise: Jahresabo EUR 44,-, Einzelheft EUR 24,-

Homepage: www.europaethnica.at

Bestellen Sie jetzt gleich Ihr Abo unter 0043 (1) 310 53 56, office@facultas.at
oder www.facultas.at/zeitschriften.

